

In erster Linie gilt das für die Verhältnisse auf dem Papiermarkt, wo die Verteuerung noch schlimmer ist, als auf allen anderen Gebieten. Während es sich zur Kriegszeit nur um die Nationierung handelte und man zufrieden sein konnte, wenn es gelang, den nötigen Bedarf einzudecken, ist heute die Preisbildung die bei weitem größere Gefahr. Steigt der Papierpreis in dem Maße weiter, wie das in den letzten Monaten der Fall gewesen ist, so erscheint es undenkbar, daß der Schulbuchverlag seine Bücherpreise entsprechend erhöht, ganz abgesehen von der notwendigen, aber oft kaum möglichen starken Erhöhung des Betriebskapitals, die durch derartige Steigerung der Herstellungskosten bedingt wird. Angesichts dieser großen Gefahren haben wir uns zunächst an die Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe mit der Anfrage gewendet, ob sie Maßnahmen einlegen könne, um eine Gesundung des Papiermarktes herbeizuführen, oder ob sie bereit sei, in dieser Richtung zu wirken. Wir erwarten zwar nicht viel Erfolg von dieser Eingabe, glauben aber uns zuerst an die Wirtschaftsstelle wenden zu sollen. Je nach der Antwort werden wir dann weitere Maßnahmen treffen, wollen aber schon heute betonen, daß der Schulbuchverlag unbedingt darauf bestehen muß, daß ihm das für die Herstellung eingeführter Schulbücher notwendige Papier nicht nur in der nötigen Quantität, sondern auch zu einem angemessenen Preise zur Verfügung gestellt wird. Die hohen Dividenden und stillen Reserven zahlreicher Papierfabriken haben wohl nachgerade gezeigt, daß die Papierpreise in ihrer jetzigen Höhe durch die Lage des Papiermarktes nicht bedingt sind. Auf der anderen Seite müssen wir leider auch immer wieder eine bedauerliche Verschwendung von Papier, namentlich auch bei Behörden, beobachten, deren Einschränkung dringend notwendig ist.

Mit den Papierpreisen hängt die Frage der Normalformate eng zusammen. So sympathisch wir diesen Bestrebungen gegenüberstehen und so sehr wir glauben, daß gerade der Schulbuchverlag mit einer verhältnismäßig ganz kleinen Anzahl von Formaten (mit ganz wenigen Ausnahmen bei Tabellen usw.) auskommen könnte, so wenig glaubten wir doch vom grünen Tisch ausgehende Experimente unterstützen zu sollen. Jedem Praktiker ist von vornherein klar, daß der Versuch, die Normalformate auf Grund mathematischer Formeln festzusetzen, sich als Utopie erweisen muß. Denn gerade das Verhältnis von Länge zu Breite kann nicht ein für allemal konstant sein, sondern wird, je nach der Gebrauchsart eines Buches, nach seinem Inhalt, nach dem Geschmack des Verlegers oder des Publikums, für das es bestimmt ist, wechseln. Derartige Versuche können nach unserer Überzeugung einer an sich guten Sache nur schaden. Normalformate können nur aus der Praxis herauswachsen. Wir glauben deshalb, daß die dankenswerten Bemühungen der Wirtschaftlichen Vereinigung für den deutschen Buchhandel nach dieser Richtung weit eher Aussicht auf Erfolg haben.

Auch die sonstige Ausstattung der Schulbücher hat uns beschäftigt. Vor dem Kriege durften wir wohl nicht nur auf den Inhalt, sondern auch auf die Ausstattung unserer Schulbücher stolz sein. Gutes, dauerhaftes Papier, haltbare, z. T. geschmackvolle Einbände, leserlicher, sorgsam abgewogener Druck, all das waren Vorzüge, die dem deutschen Schulbuche in hervorragendem Maße eigen waren. In dem Bestreben, seine Lasten so weit wie möglich niedrig zu halten, ist wohl fast jeder Schulbuchverleger genötigt gewesen, Schritt für Schritt von dieser Höhe herunterzusteigen und insbesondere an Papier und Einband zu sparen. Nachgerade ist man nach dieser Richtung an der Grenze des Möglichen angelangt, und so machten sich beängstigt Bestrebungen geltend, allgemeine Richtlinien für die Ausstattung der Bücher aufzustellen, damit wenigstens eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt werde. Wir haben diese Bestrebungen mit Aufmerksamkeit verfolgt, glaubten aber bisher, nicht mit entsprechenden Anregungen an unsere Mitglieder heranzutreten zu sollen, da es zu schwer ist, greifbare Vorschläge zu machen. Vielleicht aber zwingt die Not der Zeit doch noch zu einem Vorgehen in dieser Richtung.

Die zu erwartende innere Neugestaltung der Schulbücher hat uns schon im vorigen Jahre zu einer Eingabe an

die Kultusministerien der deutschen Bundesstaaten veranlaßt, mit der Bitte, Lehrplanänderungen nicht zu schnell in Kraft zu setzen, keinesfalls vor Ostern 1922, und auch eine Umgestaltung der Schulbücher nicht früher zu fordern. Auf diese Eingabe hatten sämtliche Kultusministerien zustimmend geantwortet, und die Verleger hatten daraufhin die für Ostern d. J. und weiterhin erforderlichen Vorräte gedruckt. Um so peinlicher wurden wir überrascht durch den bekannten Geschichtslehrbücher-Erlaß des preussischen Kultusministers. Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, eine Rücknahme oder wenigstens wesentliche Abmilderung des Erlasses zu erreichen; doch ist dies nur in beschränktem Maße gelungen. Die uns vom preussischen Minister gegebene Antwort stellt sich zwar auf den Standpunkt, daß der Erlaß keine Schädigung des Schulbuchverlags bedeute, weil er kein Kaufverbot enthalte, doch ist mit Grund zu befürchten, daß trotzdem eine fühlbare Schädigung eingetreten sein wird. Nach dieser Erfahrung wird es um so wichtiger sein, daß unsere Vereinigung bei der künftigen Regelung des Schulbuchwesens rechtzeitig gehört wird. Wir haben deshalb nochmals eine Eingabe an sämtliche Kultusministerien gerichtet, mit der Bitte, vor der Regelung des Schulbuchwesens die Vereinigung hinzuzuziehen. Zusagende Antworten haben wir bisher von Preußen, Oldenburg, Sachsen und Württemberg erhalten. Bei den übrigen Ministerien werden wir erneut vorstellig werden.

Die Gefahr des Schulbuchmonopols ist gegen das Vorjahr vielleicht etwas geringer geworden, darf aber durchaus nicht als beseitigt angesehen werden. Wir haben vielmehr damit zu rechnen, daß die überzeugten Anhänger der Sozialdemokratie unablässig bemüht sein werden, diese Forderung, die eine der ältesten und grundlegendsten des sozialdemokratischen Programms ist, in die Wirklichkeit umzusetzen. Die von uns veranlaßte Denkschrift hat eine recht gute Wirkung getan und konnte kürzlich in zweiter Auflage erscheinen. Wir richten auch an dieser Stelle an unsere Mitglieder die dringende Bitte, alle hierauf bezüglichen Erscheinungen mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen und uns darüber zu berichten, damit wir etwa erforderliche Gegenmaßnahmen treffen können.

Die Entscheidung auch dieser Frage wird voraussichtlich erst die Reichsschulkonferenz bringen. In unserem letzten Jahresbericht betonten wir, daß eine Vertretung des Schulbuchverlags auf dieser notwendig sei. Wir haben uns mit entsprechenden Eingaben an die zuständigen Stellen gewendet und den Erfolg gehabt, daß zwei Mitglieder unseres Vorstands für die Teilnahme an der Reichsschulkonferenz designiert werden können. Inzwischen ist die Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es ist aber wohl zu erwarten, daß sie sehr bald nach den Wahlen, vielleicht sogar noch vorher, zusammenzutreten wird.

Auf dieser Konferenz wird wohl auch über die in etwas überstürzter Weise angeregte Reform unserer Rechtschreibung entschieden werden. Es bedarf an dieser Stelle keiner Darlegung, in welchem hohem Maße durch eine solche Änderung materielle Interessen ganz besonders des Schulbuchverlags in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber weit schwerer noch als diese materiellen Interessen wiegen die idealen Schäden, die eine unhistorische Änderung der Rechtschreibung für das gesamte deutsche Kulturleben mit sich führen würde. Wir haben uns deshalb auch den bisher dagegen einsetzenden Abwehrmaßnahmen buchhändlerischer und pädagogischer Kreise angeschlossen und betrachten es als eine unserer vornehmsten Aufgaben, dahin zu wirken, daß eine Reform der Rechtschreibung in maß- und verständnisvoller Weise erfolgt.

Mit der vielerorts angestrebten Lehrmittelfreiheit gehen Versuche zur Umgehung des Soriments Hand in Hand. Außerdem besteht die Gefahr, daß von den beziehenden Behörden die konkurrierenden Verleger gegeneinander ausgespielt und zur gegenseitigen Unterbietung veranlaßt werden. Wir haben deshalb dieser Frage unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet und unseren Mitgliedern den aus dem Rundschreiben vom 16. März bekannten Vorschlag gemacht. Wir können als Ergebnis unserer Umfrage feststellen, daß fast alle unsere Mitglieder bereit sind,